(10) Ist kein Spielvertrag zustande gekommen oder wurde vom Spielvertrag zurückgetreten, so kann der Spielteilnehmer die Rückerstattung des Spieleinsatzes und der Bearbeitungsgebühr geltend machen. Gegebenenfalls angefallene und bereits ausgezahlte Gewinne sind der TSL vom Kunden zurückzuerstatten.

C Schlussbestimmungen

I Inkrafttreten/Außerkräfttreten

§ 70 Inkrafttreten

(1) Die vorstehenden Änderungen der Internet-Teilnahmebedingungen treten mit Veröffentlichung in Kraft.

(2) Im Übrigen gelten die Regelungen der Internet-Teilnahmebedingungen der TSL vom 3. Mai 2022.

Suhl, den 07.12.2022

THÜRINGER STAATSLOTTERIE

Ministerium für Inneres und Kommunales
Erfurt, 07.12.2022
Az.: 2164-2/2021
ThürStAnz Nr. 3/2023 S. 136 – 138

2. In Nummer 2.3 wird die Verweisung „Thüringer Reisekostengesetz vom 10. März 1994 (GVBl. S. 265)“ durch die Verweisung „Thüringer Reisekostengesetz vom 23. Dezember 2005 (GVBl. S. 446)“ ersetzt.

3. In Nummer 3.1.1 Satz 1 und in Nummer 3.1.2 werden jeweils die Worte „juristische Ausbildungs- und Prüfungswesen“ durch die Worte „Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes“ ersetzt.

4. Die Nummern 4 und 4.1 erhalten folgende Fassung:

,4. Schlussbestimmungen

4.1 Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verwaltungsvorschrift gelten jeweils für alle Geschlechter sowie für Personen, die mit der Angabe „divers“ oder ohne eine Angabe des Geschlechts in das Geburtenregister eingetragen sind.⁴

5. Die bisherige Nummer 4.1 wird Nummer 4.2 und wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Kraft“ die Worte „und mit Ablauf des 31. Dezember 2027 außer Kraft“ eingefügt.

b) In Satz 3 werden nach dem Wort „Gleichzeitig“ die Worte „mit dem Inkrafttreten nach Satz 1“ eingefügt.

6. In Nummer 5 werden die Worte „Thüringer Finanzministerium“ durch die Worte „für Finanzen zuständige Ministerium“ ersetzt.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 31. Dezember 2022 in Kraft.

Erfurt, d. 2.12.22

Erfurt, 19.12.22

Für das Thüringer
Ministerium für Migration,
Justiz und Verbraucherschutz

Für das Thüringer
Ministerium für Inneres
und Kommunales

In Vertretung

In Vertretung

S. v. Ammon

Udo Götze

20

Erste Änderung der Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift über die Vergütung für Ausbilder und Prüfer in der Juristenausbildung

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (2223-1183/2022; bisher 2223-1/02) und des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (11.50-0603-1/2017)

vom 2.12.22

I.

Die Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz und des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 7. August 2017 (JMBl. Nr. 4 S. 97; StAnz Nr. 42 S. 1423) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2.2 Satz 1 werden die Worte „juristische Ausbildungs- und Prüfungswesen“ durch die Worte „Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes“ und die Worte „Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales“ durch die Worte „für das öffentliche Dienstrecht zuständige Ministerium“ ersetzt.

Ministerium für Inneres und Kommunales
Erfurt, 21.12.2022
Az.: 0603-1/2022
ThürStAnz Nr. 3/2023 S. 138